

NORDMAZEDONIEN

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2019

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach über zehn Jahren in der Opposition, die gegen Ende durch eine turbulente Protestperiode von drei Jahren (2014–2016) gekennzeichnet waren, bildeten die Sozialdemokraten (SDSM) am 1. Juni 2017 die neue Regierung. Die sozialdemokratisch geführte Regierung um Premierminister Zoran Zaev konzentrierte ihre Arbeit vorrangig auf den Bereich Außenpolitik. Es gelang ein bilaterales Freundschaftsabkommen mit Bulgarien und ein historisches Abkommen zur Lösung der Namensfrage mit Griechenland abzuschließen. Letzteres brachte die Änderung des Verfassungsnamens in Republik Nordmazedonien mit sich. Die Beilegung des Namensstreits mit Griechenland ermöglicht nicht nur den vorraussichtlich 2020 abgeschlossenen Beitritt zur NATO, sondern stellt Nordmazedonien, das seit 2005 Beitrittskandidat ist, auch den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU in Aussicht. Die Europäische Kommission hatte bereits 2016 »dringende Reformprioritäten« identifiziert, die sich vor allem auf die Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Reformen der öffentlichen Verwaltung, Medienfreiheit und Meinungsfreiheit beziehen. Die amtierende Regierung hat die dafür nötigen Prozesse angestoßen, jedoch benötigt die Umsetzung noch Zeit.

Wie in Nordmazedonien üblich entschieden sich die Sozialpartner den außenpolitischen Fokus der Regierung nicht zu kommentieren. Es wurde jedoch positiv bewertet, dass die Regierung für die sozio-ökonomischen Reformen eine breite Debatte in Gang zu bringen versucht. Die Reformierung des Arbeitsgesetzes, die Probleme des Rentensystems, das Mediengesetz usw. werden breit und öffentlich, gemeinsam mit den Gewerkschaften diskutiert.

Zentrale arbeitsmarktpolitische Projekte, die die derzeitige Regierung vorgenommen hat, betreffen die Änderungen des Gesetzes über Arbeitsbeziehungen. Bessere Arbeitsrechtsbestimmungen für die Arbeitnehmer_innen (Steigerung der Mindestabfindungszahlungen von sechs auf sieben Monatslöhne; Einschränkung der Einstellung neuer Beschäftigter nach teilweiser Entlassung von Beschäftigten, usw.) werden

derzeit implementiert und gleichzeitig wird eine öffentliche Debatte über ein neues Arbeitsgesetz in Gang gebracht. Es wird erwartet, dass damit die Dauer der Kurzarbeitsverträge (befristete Arbeitsverträge) verkürzt wird (die Höchstlaufzeit beträgt derzeit fünf Jahre). Die Reform der Rentenversicherung beinhaltet Verbesserungen für Arbeitnehmer_innen, die unter schwierigen und gefährlichen Arbeitsbedingungen arbeiten, insbesondere im Untertagebau. Die Regierung hat darüber hinaus eine Reformierung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge vorgeschlagen. Sie möchte die Sozialbeiträge erhöhen, konkret die Beiträge der Rentenversicherung um 0,8 % und die Krankenversicherungsbeiträge um 0,5 % bis 2020. Trotz des Vorschlags der Weltbank, das Rentenalter zu erhöhen, werden vorerst nur Reformen im Rentensystem geplant, und zwar bezüglich der Teilnahme an der zweiten Säule (obligatorische private Versicherung), während das Defizit der staatlichen Pensionskasse durch höhere Beiträge, mehr Beschäftigung, bessere Löhne und Inanspruchnahme des Staatshaushaltes reduziert werden soll.

Die neue Regierung leitete fiskalische Impulse zur Subventionierung von Investitionen und Beschäftigung ein. Die Wirtschaftspolitik konzentrierte sich auf drei Hauptpfeiler: (1) ausländische Direktinvestitionen; (2) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des privaten Sektors durch öffentliche Infrastrukturausgaben; und (3) Beschäftigungsförderung durch aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitgebersubventionen. Mehrere Richtlinien wurden überarbeitet, um ihre Wirksamkeit zu verbessern. Subventionen für Investitionen und Beschäftigung im privaten Sektor wurden ebenfalls angehoben und die neue Regierung wendet die »gleiche Subventionspolitik« sowohl für inländische als auch für ausländische Unternehmen an (zuvor wurden nur ausländische Unternehmen subventioniert). Aufgrund der Erhöhung des Mindestlohns auf 300 EUR (netto) erhalten Unternehmen für den Ausgleich dieses Anstiegs Subventionen.

Die politische Krise (2015–2016) und der Machtwechsel (Mitte 2017) wirkten sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Das Wirtschaftswachstum stagnierte 2017 nahezu mit einem geringen Anstieg des BIP um nur 0,2 %. Im Jahr

2018 erholte sich die Wirtschaft von der Stagnation, getrieben durch Exportwachstum, Steigerung des Konsums und der Investitionen. Prognosen gehen davon aus, dass das BIP voraussichtlich jährlich um 2,5 % steigen wird. Die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) erholten sich im ersten Halbjahr 2018 langsam, nachdem sie im Vorjahr stagniert hatten. Dies spiegelt die Entwicklungen auf der politischen Bühne des Landes wieder. Die ausländischen Direktinvestitionen sind wichtig, da sie die Hauptquelle für neue Arbeitsplätze in der mazedonischen Wirtschaft sind. Die Änderung der EU Zollpolitik gegenüber Drittstaaten wirkte sich auch auf Nordmazedonien aus. Die in die EU exportierenden Sektoren sehen sich mit höheren Gebühren oder tarifären Handelshemmnissen konfrontiert, die sich auf Arbeitsplätze und Einkommen auswirken könnten. Dies betrifft auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften.

Die Löhne stiegen nominal um 5,5 %, getrieben durch die Erhöhung des Mindestlohns im September 2017 um 19 %. Der Mindestlohn wurde im Juli 2018 um weitere 1,4 % erhöht, während für Juni 2019 ein weiterer Anstoß erwartet wird. Arbeitsintensiven Niedriglohnsektoren werden Subventionen angeboten, um die Lohnerhöhung zu decken und Entlassungen zu vermeiden. Die für das Beschäftigungsprogramm vorgesehenen Subventionen, einschließlich der Subventionierung der Erhöhung des Mindestlohns, verdoppelten sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Beschäftigungssubventionen trugen teilweise zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bei. Im ersten Halbjahr 2018 stieg die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,1 % auf aktuell 45,1 %. Die Arbeitslosenquote sank zu Beginn des Jahres 2019 auf historisch niedrige 20,7 %. Dies ist jedoch nicht in vollem Umfang auf einen Beschäftigungszuwachs zurückzuführen, sondern auf eine geringere Teilnahme und einen Übergang von Arbeitslosigkeit zu Erwerbslosigkeit, insbesondere unter Langzeitarbeitslosen. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen leicht auf 47,6 %.

Die Armutsquote stieg um 0,3 % und erreichte 2017 22,2 % der von Armut bedrohten Bevölkerung. Dieser Prozentsatz beträgt 40,7 % vor den Sozialtransfers mit Renten und 25,9 % bei Rentenausschluss. Der Prozentsatz ist bei den Nichterwerbstätigen und Rentnern gestiegen und bei den Arbeitslosen leicht rückläufig. Der Gini-Koeffizient ist 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % gesunken auf 32,5 %. Nach langen Diskussionen über die Höhe der Einkommenssteuer hat die Regierung ein neues Gesetz verabschiedet, womit ein progressiver Steuersatz von 18 % für monatliche Nettolöhne ab 1.500 € eingeführt wird (unterhalb dieser Grenze von 1.500 € werden alle Löhne weiterhin mit 10 % besteuert). Der Steuersatz für alle weiteren Einkünfte steigt darüber hinaus von 10 % auf 15 %.

Der Allgemeine Tarifvertrag (ATV) für den privaten Sektor ist Mitte 2017 ausgelaufen. Gemäß dem Arbeitsgesetz werden nach Ablauf seine Bestimmungen bis zum Abschluss eines neuen Vertrags verwendet. Die Organisation der Arbeitgeber (ORM) drängt auf eine Beschleunigung der Verhandlungen, während der Dachverband der Gewerkschaften (SSM)

(diese beiden sind die Unterzeichner) auf das neue Arbeitsgesetz warten kann, bevor die endgültigen Verhandlungen aufgenommen werden. Beide Seiten haben entgegengesetzte Vorschläge, insbesondere im Abschnitt über Gehälter, Zulagen und Ausgleich der arbeitsbedingten Ausgaben: die Arbeitgeber schlagen einige Kürzungen vor, während die Gewerkschaften eine Erhöhung vorschlagen. Der Allgemeine Tarifvertrag ist sehr wichtig, da er für alle Unternehmen und Arbeitnehmer im privaten Sektor verpflichtend ist.

Gemäß dem Arbeitsgesetz soll es einen Allgemeinen Tarifvertrag für den öffentlichen Sektor geben, der zwischen der Regierung und den im öffentlichen Sektor vertretenen Konföderationen ausgehandelt wird. Ein solcher Vertrag wurde jedoch in den letzten zehn Jahren nicht geschlossen. Darüber hinaus sind die meisten dafür relevanten Themen, z. B. Gehälter, Zulagen, freie Stellen und andere Parameter inzwischen durch verschiedene andere Gesetze integriert und so reguliert worden, was die Verhandlungsspielräume für einen ATV verringert und den sozialen Dialog weitestgehend verhindert.

Im Allgemeinen befindet sich der bilaterale soziale Dialog in einer Stagnation. Die Verhandlungen über einen ATV sind nicht effektiv, während auf Branchenebene die Situation je nach Sektor variiert: in einigen Sektoren werden Arbeitgeber nicht organisiert, in anderen vermeiden ihre Verbände jeden Dialog. Der Tarifverhandlungsprozess fand in den vergangenen Jahren hauptsächlich auf Unternehmensebene statt.

GEWERKSCHAFTEN IN NORDMAZEDONIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Obwohl die Gewerkschaften in postsozialistischer Zeit verschiedene Reformen durchgeführt hatten, blieben die Prinzipien des Funktionierens auch nach der Unabhängigkeit 1991 unverändert: zentralisierter Entscheidungsprozess, Top-to-Bottom-Führungsstil, viel Nepotismus und starke (und teils unethische) Beziehungen zur Sozialdemokratischen Union Mazedoniens (SDSM), dem Nachfolger der kommunistischen/sozialistischen Partei. Derartige Beziehungen wurden später mit der anderen großen Partei (VMRO DPMNE) entwickelt, als sie Teil der Regierungskoalition waren.

Vor 1991 war der größte (und einzige) Dachverband – der Dachverband der Gewerkschaften Mazedoniens (SSM) – eine stark zentralisierte Einheit: der Vorstand traf alle Entscheidungen, während die Vorstände der verschiedenen Sektoren diese Entscheidungen umzusetzen hatten – was bedeutete, dass es keine definierten Branchengewerkschaften gab. Mit den »Reformen« von 1991/92, die der SSM initiiert hatte, wurden die sektorellen Vorstände in Branchengewerkschaften umgestellt. Aber auch mit der Transformation hatten die Branchengewerkschaften noch nicht viel Kraft, um die Dynamik des SSM zu ändern und die Demokratisierung des Gewerkschaftsbereichs voranzutreiben.

Der Wechsel und somit die Dezentralisierung der Gewerkschaftsorganisationen trat 1995/96 ein, als der SSM beschloss, seinen Branchengewerkschaften einen gesonderten rechtlichen Status zu geben. Dies aber führte zu autonomen, unabhängigen Gewerkschaften, die nicht notwendigerweise eine Demokratisierung der Gewerkschaften bedeuteten. Es besteht die feste Überzeugung, dass die Gewerkschaftsführer der Branchengewerkschaften sich nur um ihre »bequemen« Positionen kümmern und Personen außerhalb ihres Kreises, die im Wahlprozess für die Positionen des Präsidenten oder des Generalsekretärs eine faire Chance erhalten wollen, unmögliche Regeln und Hindernisse auferlegen.

Die Gewerkschaften des SSM war traditionell sehr ruhig und streikunfreudig, solange die Sozialdemokraten an der Regierung waren. Dies änderte sich mit der Gründung von KSS (Konföderation Freier Gewerkschaften Mazedoniens) im Jahr 2005, was auf die Abspaltung der SONK (die Lehrergewerkschaft und die größte in Nordmazedonien) und einiger kleineren Gewerkschaften des SSM zurückzuführen war.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Gewerkschaftsmitgliedschaft in Nordmazedonien nimmt ab. Nach dem Gesetz wird die Repräsentativität von der Anzahl der Mitglieder, die die Gebühr aus ihren Gehältern zahlen, bestimmt und schließt somit die Mitglieder aus, die die Gebühr von ihren eigenen Konten bezahlen oder aus unterschiedlichen Gründen entlastet werden (hauptsächlich weil sie keinen regelmäßigen Lohn verdienen). Aus diesem Grund ist es auch unmöglich, Personen die ihren Job verlieren oder in den Ruhestand gehen als Mitglieder beizubehalten.

Die Gewerkschaftsmitgliedschaft in den wichtigsten Sektoren ist wie folgt:

- Wasserversorgung und Müllentsorgung: 72 %
- Polizeikräfte: 63 %
- Bildung und Wissenschaft: 62 %
- Öffentliche Verwaltung und Justizverwaltung: 60 %
- Forst- und Holzindustrie: 40 %
- Bergbau, Metall- und Elektroindustrie: 30 %

- Gesundheits- und Sozialdienste: 27 %
- Landwirtschaft, Tabak- und Lebensmittelindustrie: 22 %
- Bau: 11 %

Im privaten Sektor kam es in den letzten zwei Jahren vermehrt zu Insolvenzen von Unternehmen, die zu Entlassungen von Arbeitnehmer_innen führten. Dies schwächte die wichtigsten Gewerkschaften im privaten Sektor. Die neuen Arbeitgeber bieten hauptsächlich Kurzzeitverträge an, was die Organisation der Beschäftigten zunehmend erschwert.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Situation der Vertretung auf betrieblicher Ebene bleibt unverändert. Es existieren keine Formen von Beteiligung und Mitbestimmung, die europäischen Praktiken entsprechen würden (z. B. Betriebsräte). Deswegen wird die Vertretung auf betrieblicher Ebene durch eine Gewerkschaftsorganisation im Unternehmen abgedeckt. Wenn Beschäftigte organisiert werden, gibt es eine lokale Gewerkschaftsorganisation auf betrieblicher Ebene und der (von den Mitgliedern gewählte) Vorstand der Vertrauensleute ist dafür verantwortlich, mit der Geschäftsführung Verhandlungen zu führen und mit den Arbeitnehmern zu kommunizieren. Dieser Vorstand muss auch die Umsetzung von Gesetzen und Tarifverträgen beobachten, auf Verstöße und/oder Nichteinhaltung von Gesetzen (Verordnungen) reagieren. Die Gewerkschaft handelt jedoch nur für ihre Mitglieder, nicht für alle Angestellten. Laut Gesetz wird sich der Arbeitgeber bei Fragen, die Unterrichtung und Beratung erfordern, an die Gewerkschaft wenden. Falls es beim Arbeitgeber keine lokale Gewerkschaftsorganisation gibt (was für viele kleine private Arbeitgeber der Regelfall ist), gibt es praktisch keine Arbeitnehmervertretung. Die Forderungen der Gewerkschaften gehen in Richtung gesetzlicher Änderungen, die ein System der Beteiligung und Mitbestimmung für kleinere Arbeitgeber schaffen würden.

Durch die Änderung des Arbeitsgesetzes im November 2009 wurden allgemeine Tarifverträge für alle Arbeitgeber im privaten und öffentlichen Sektor verpflichtend. Die Umsetzung des Allgemeinen Tarifvertrags ist jedoch insbesondere für kleine Unternehmen, in denen die Beschäftigten nicht orga-

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Dachgewerkschaft in Landessprache und Abkürzung	Vorsitz	Mitgliederzahl	Internationale Mitgliedschaften
Sojuz na Sindikati na Makedonija, SSM (Verband der Gewerkschaften Mazedoniens, SSM)	Darko Dimovski	66.223	International Trade Union Confederation (ITUC), European Trade Union Confederation (ETUC)
Konfederacija na Slobodni Sindikati KSS (Bündnis der Freien Gewerkschaften, CFTU)	Blagoja Ralpovski	50.391	International Trade Union Confederation (ITUC), European Trade Union Confederation (ETUC)

* Infos von www.ituc-csi.org

nisiert sind, bislang nicht gewährleistet. Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass viele Arbeitgeber die Bestimmungen des Vertrages nicht einhalten und die schwache Kontrolle durch die Arbeitsinspektion missbrauchen, während die nicht organisierten Beschäftigten ohnehin meist keine Verstöße melden. Der ATV für den öffentlichen Sektor ist noch nicht abgeschlossen. Für die Angestellten des öffentlichen Sektors gilt daher ein Tarifvertrag, sofern für die Branche ein Tarifvertrag besteht. Branchentarifverträge werden für einige Sektoren geschlossen: Gesundheitswesen, Polizeikräfte und Angestellte in der Armee, während für Bildungseinrichtungen und öffentliche Bedienstete in der Verwaltung die Verträge nach deren Ablauf neu ausgehandelt werden.

Der Allgemeine Tarifvertrag für den privaten Sektor ist im Juli 2017 ausgelaufen. Aufgrund der außergewöhnlichen politischen Umstände haben die Sozialpartner jedoch keine Verhandlungen über die Verlängerung oder Änderung des Vertrages aufgenommen. Dies wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2019 geschehen. In der Zwischenzeit sind die Bestimmungen vollständig umgesetzt, da das Arbeitsgesetz für solche Situationen eine strenge Regelung vorsieht. In den letzten zwei Jahren wurden keine bedeutenden Ereignisse auf Branchen-/Sektorebene verzeichnet. Dies ist ähnlich auf der betrieblichen Ebene, wo Tarifverträge dauerhaft in den Unternehmen, bei welchen die Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert sind, unterzeichnet oder geändert werden.

Das System des dreigliedrigen sozialen Dialogs wird vom Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) verwaltet. Der WSR ist ein beratendes Gremium, das auf einer Vereinbarung beruht und aus Vertretern der Sozialpartner besteht. Der derzeitige WSR wurde im September 2010 gegründet und besteht jetzt aus vier Vertreter_innen jedes Sozialpartners: Gewerkschaften (je zwei Vertreter_innen von SSM und KSS), vier von ORM (der einzige repräsentative Arbeitgeberverband) und vier von der Regierung (vertreten durch die Ministerien für Arbeit, Wirtschaft, Finanzen und den Vizepremierminister). Dieses Gremium wird vom Arbeitsminister geleitet. Der WSR berät und äußert sich zu Fragen gemäß dem Gründungsvertrag. Obwohl sich der dreigliedrige Dialog in den letzten fünf Jahren erheblich verbessert hat, wirkt sich die beherrschende Stellung des Arbeitsministers als WSR-Vorsitzender manchmal auf die Arbeitsweise und die Wirksamkeit dieses Gremiums aus. Es ist üblich, dass Fragen im Bereich des WSR überhaupt nicht besprochen werden – zur Unzufriedenheit der Gewerkschaft und der Sozialpartner der Arbeitgeber.

Der tripartite soziale Dialog wird derzeit lebhafter. Zu den Sitzungen des Wirtschafts- und Sozialrats (WSR) wurden jüngst mehr Interessenvertreter eingeladen als nur die Mitglieder des Gremiums (alle Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie einige Organisationen der Zivilgesellschaft). Auf der Tagesordnung des WSR standen alle vorgeschlagenen Gesetze und Änderungsanträge, die im regulären parlamentarischen Verfahren behandelt werden. Wenn das Gesetz jedoch in einem abgekürzten Verfahren verabschiedet wird, werden die Sozialpartner in den meisten Fällen nicht nach ihrer Meinung gefragt.

Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberseite sind auf höchster Ebene vertreten. Für die Regierung nehmen jedoch abgesehen von der Arbeitsministerin, die den Vorsitz des Gremiums hat, keine weiteren Minister teil. Sie werden jedoch durch untergeordnete Beamte dieser Ministerien vertreten. Der WSR ist als eine Bühne konzipiert, auf der die Sozialpartner Meinungen und Positionen zu bestimmten Themen direkt austauschen können. In einem Land mit einem unterentwickelten sozialen Dialog ist die Unterstützung der Dialogkultur durch die Regierung besonders wichtig und in Nordmazedonien noch ausbaufähig. Das Gelingen des Prozesses hängt jedoch auch maßgeblich von der Dialogbereitschaft der teilnehmenden Akteure ab, die bislang nicht gegeben war.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Mit kaum positiven Entwicklungen bei den Gewerkschaftsakteuren ist es nicht überraschend, dass die Mitgliederzahlen aller Branchengewerkschaften in Nordmazedonien in den letzten drei Jahrzehnten zurückgegangen sind. Sie werden kontinuierlich mit dem Ruf der »gelben« Gewerkschaften behaftet, die eher dazu neigen, die Positionen der führenden Gewerkschaftsfunktionäre (und entsprechend auch der regierenden Partei) zu stärken, als die Arbeitsbedingungen der allgemeinen Mitglieder zu verbessern. In unterschiedlichsten Umfragen werden Gewerkschaften durchweg in der Regel nur von 10–12 % der Befragten als »Beschützer der Arbeitnehmerrechte« bewertet, während die politischen Parteien, Freunde/Angehörige und Wirtschaftsmagnate wesentlich bessere Bewertungen erhalten. In Fällen von Arbeitsstreitigkeiten wenden sich die wenigsten an die Gewerkschaft, was ihre geringe Bedeutung für die einzelnen Beschäftigten unterstreicht.

In den letzten zehn Jahren gab es mehr »feindliche Übernahmen« von Funktionspositionen unter den Dachverbänden und den Branchengewerkschaften als Streiks und Proteste, die mit dem Ziel organisiert wurden, zahlenmäßige Stärke oder Durchsetzungsvermögen in den Arbeitsverhandlungen zu zeigen. Das ist einer der Gründe, warum die breite Öffentlichkeit die Gewerkschaften als Überbleibsel des sozialistischen Jugoslawiens ansieht. Obwohl die Arbeitnehmer_innen damals eine starke Rolle in der Führung der Fabriken/öffentlichen Unternehmen hatten, waren die Gewerkschaften dennoch der erweiterte Arm der totalitären kommunistischen/sozialistischen Partei. Die damaligen Gewerkschafter_innen – die Eltern/Großeltern vieler der derzeitigen Arbeitnehmer_innen – nutzten die Gewerkschaften hauptsächlich als Mechanismen für die Verzögerung von Zahlungen für bestimmte Waren und Dienstleistungen, für Feste und für Firmenjubiläen. Die jüngeren Generationen der Arbeitnehmer_innen in Nordmazedonien spricht dieses sehr reduzierte Verständnis von Gewerkschaften nicht an und sie entscheiden sich auch darum oftmals gegen eine Mitgliedschaft.

Viele glaubten, dass die Mitgliedschaft in dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) (sowie in den zehn europäischen

Gewerkschaftsverbänden im EGB) zu größerem Wohlstand und vor allem zu einem Anstieg der Mitgliederzahlen führen würde. Die zwei größten Dachverbände, SSM und KSS, sind Mitglieder des IGB und des EGB, wobei die meisten Branchengewerkschaften innerhalb dieser Gewerkschaftverbände Teil der zehn europäischen Gewerkschaftsverbände im EGB sind. Sowohl im SSM als auch in der KSS ist die Mitgliederzahl in den letzten fünfzehn Jahren zurückgegangen. Während dies auch bei den Gewerkschaften in den Ländern der Europäischen Union der Fall ist, ist der Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder in Nordmazedonien aufgrund der alarmierenden Migrationstrends im selben Zeitraum noch deutlicher. Ein weiteres besorgniserregendes Problem im Gewerkschaftsbereich ist die mangelnde Rekrutierung neuer, nicht-organisierter Arbeitnehmer_innen. Gewerkschaften konzentrieren sich bislang mehr darauf, die Mitglieder der konkurrierenden Dachverbände und Branchengewerkschaften zu »übernehmen« – entweder mit dem Druck der politischen Parteien oder der Geschäftsinhaber.

Die derzeitige sozialdemokratische Regierung hatte in ihre Partei- und Wahlprogramme eine gründliche Reform der Arbeitsgesetzgebung und die Wiederbelebung des sozialen Dialogs zwischen den Sozialpartnern aufgenommen. Es ist den Sozialdemokraten gelungen den politischen Prozess inklusiver zu gestalten, indem sie erwirkte den nationalen Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) für die Konföderationen zu öffnen, die in ihren Sektoren nicht repräsentiert sind (ohne Stimmrecht). Dies ist für die kommenden Gesetzesvorhaben im Kontext von Arbeitsschutz, aber insbesondere für das neue Arbeitsgesetz wichtig, das im zweiten Halbjahr 2019 diskutiert werden soll.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.